

Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **30 (2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

In Kürze

31. Januar: Der Zürcher Stadtrat veröffentlicht einen «dringenden Aufruf an Bund und Kantone für eine neue Asylpolitik». Er schlägt vor, dass Flüchtlinge rasch mit öffentlichen Arbeitsprogrammen beschäftigt werden, um für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

9. Februar: Bei einer Stimmbeteiligung von bloss 28 Prozent fallen die Entscheide bei der eidgenössischen Volksabstimmung deutlich aus. Die Reform der Volksrechte und die neue Spitalfinanzierung werden mit über 70 Prozent Jastimmen in allen Kantonen gutgeheissen.

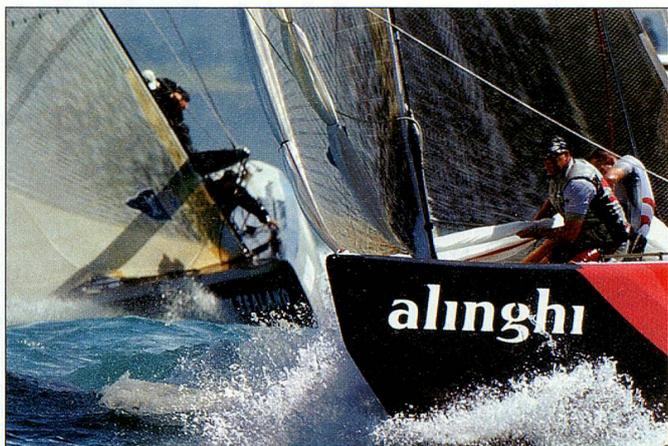
9. Februar: Jede zweite Schweizer Pensionskasse weist eine Unterdeckung auf. Einzelne Kassen verlangen von ihren Versicherten höhere Beiträge durch zusätzliche Prozentanteile ihres Lohnes. Jetzt will der Bund die Deckungsvorschriften lockern.

9. Februar: Die eidgenössische Staatsrechnung 2002 schliesst mit einem Fehlbetrag von 3,3 Milliarden Franken. Budgetiert war ein Ausgabenüberschuss von 0,3 Milliarden. Hauptursache der Verschlechterung war ein unerwarteter Einbruch bei den Einnahmen um fast 3,6 Milliarden.

14. Februar: In der Schweiz sollen abgewiesene Asylsuchende keine Fürsorge mehr erhalten, schlägt Justizministerin Ruth Metzler den Kantonen vor. Anfang April lädt sie zu einer nationalen Asylkonferenz.

16. Februar: An der Berner Demonstration für den Frieden und gegen einen Irak-Krieg nehmen 40 000 Menschen teil. Der US-Regierung gehe es nicht um Sicherheit, sondern um politische Macht und das Erdöl, rufen die Redner an der Kundgebung.

16. Februar: An der von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Genf einberufenen humanitären Konferenz zu einem drohenden Irak-Krieg sind 29 Staaten und 21 internationale Organisationen vertreten. Im Hinblick auf die voraussehbare humanitäre Krise sollen die vorhandenen Strukturen besser koordiniert werden.



Fünf Rennen, fünf Siege: Die Alinghi lässt den Neuseeländern nicht den Hauch einer Chance!

16. Februar: In St. Moritz geht die alpine Ski-Weltmeisterschaft zu Ende. Die Schweiz erringt zwei silberne (Corinne Rey-Bellet in der Abfahrt und Silvan Zurbriggen im Slalom) und zwei bronzene Medaillen (Bruno Kernen in der Abfahrt und Marlies Oester in der Kombination).

17. Februar: Die jährlich erhobene « Sorgenbarometer »-Umfrage der Credit Suisse weist die wichtigsten Probleme der Schweizer auf. Dies sind das Gesundheitswesen, die Arbeitslosigkeit, die Altersvorsorge, das Flüchtlingswesen und die neue Armut.

20. Februar: In Paris gedenken hohe französische und schweizerische Persönlichkeiten der Mediationsverfassung, die vor 200 Jahren vom damaligen Ersten Konsul Frankreichs, dem späteren Kaiser Napoleon Bonaparte, in Kraft gesetzt wurde. Mit den Mediationsakten wurde die 1798 geschaffene Helvetische Republik beendet. Die Mediationskantone Aargau, Graubünden, St. Gallen, Tessin, Thurgau und Waadt wurden zu selbstständigen politischen Einheiten.

20. Februar: Im letzten Jahr wurden in der Schweiz 38 833 Personen oder 20 Prozent mehr als im Vorjahr eingebürgert. Die meisten von ihnen stammen aus Italien, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Die Schweiz hat weiterhin eine der tiefsten Einbürgerungsraten in Europa.

26. Februar: Die Credit Suisse Group, die im letzten Jahr mit 3,3 Milliarden Franken den grössten Verlust ihrer Geschichte hinnehmen musste, streicht 1250 Stellen, davon 350 bei der Tochtergesellschaft Winterthur-Versicherungen. 700 Arbeitsplätze gehen beim nationalen Luftverkehrsunternehmen

Swiss verloren. Der Chemiekonzern Clariant (Muttens) will weltweit 1700 Stellen abbauen.

27. Februar: Der Tessiner Schriftsteller Piero Scanziani stirbt in Mendrisio im Alter von 94 Jahren. Sein erster Roman «Der Schlüssel der Welt» erschien 1941. Er verfasste über dreissig Werke.

2. März: Als erstes Binnenland siegt die Schweiz am Segelwettbewerb um den America's Cup. Die multinationale Crew des Genfer Milliardärs Ernesto Bertarelli gewinnt mit der Segelyacht Alinghi den wichtigsten Pokal im Segelsport.

4. März: Der Ständerat sorgt für eine Überraschung: Mit 26 gegen 8 Stimmen beschliessen die Kantonsvertreter, den Bundesrat von sieben auf neun Mitglieder zu erweitern. Das Reformprojekt muss noch vor den Nationalrat.

6. März: Nach dem Ständerat beschliesst auch der Nationalrat die 0,5-Promille-Grenze für Autofahrer.

17. März: Bundesrätin Micheline Calmy-Rey betont am Sitz der Uno in Genf, für einen Angriff auf den Irak sei eine zweite Resolution des Weltsicherheitsrates nötig. Ohne diese Legitimation trete für unser Land das Neutralitätsstatut in Kraft.

19. März: Das Luftverkehrsabkommen mit Deutschland ist vom Tisch. Dem Scheitern der Sondierungsgespräche in Berlin (17. Februar) folgt das Nein des Ständerates. Nach dem Aus für den Staatsvertrag wird Deutschland einseitige Massnahmen ergreifen. RR